



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/192 - 19.8.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

---

Adenauer und die letzte Rußlandnote	S. 1
Frankreich und Marokko	S. 3
Das Zentrum - Hilfstruppe der CDU	S. 4
Die Arbeitslosenstatistik des Bundesarbeitsministers	S. 6
Kommunistische Verwirrungsmanöver	S. 8

---

## Der "bolschewistische Sog"

P.R. Eine der bemerkenswertesten Tatsachen im Zusammenhang mit der letzten Sowjetnote war die Schnelligkeit, mit der das schroff ablehnende Urteil des Bundeskanzlers abgegeben wurde. In den regierungstreuen Blättern nahm man die gleiche Haltung ein, ehe diese Zeitungen überhaupt in der Lage waren, auch nur größere Auszüge aus dem Text der Note mitzuteilen. Aus alledem sprach der unverkennbare Wille, Nein um jeden Preis zu sagen.

Die Note bietet gewiß keinen Anlaß zur Begeisterung oder auch nur zu besonderem Optimismus, das ist auch von sozialdemokratischer Seite klar zum Ausdruck gekommen. Aber es wäre auch ganz unrealistisch, zu erwarten, daß die Sowjets Verhandlungen oder auch nur den Auftakt dazu mit der Annahme der Bedingungen des Westens einleiten würden. Wenn man das erwartete, brauchte man schließlich überhaupt keine Verhandlungen mehr. Aber der Bundeskanzler blieb auch jetzt bei seinem Grundsatz, alles haben und nichts geben zu wollen, weil er weiß, daß damit das eigene formale Einverständnis mit Verhandlungen, um das man sich im Hinblick auf die Stimmung in der Bevölkerung nicht herumdrücken kann, praktisch weitgehend entwertet ist.

Freilich kann für niemanden, der in den letzten Monaten die Politik des Kanzlers aufmerksam verfolgt hat, darin die geringste

Überraschung liegen. Es ist die ganz offenkundige Taktik Dr. Adenauers, dem Drängen der deutschen Bevölkerung, alles zu versuchen, um durch Verhandlungen eine Lösung der Wiedervereinigungsfrage zu erreichen, durch seine mehrfach wiederholte grundsätzliche Bereitschaft zu einer Viererkonferenz nachzugeben, gleichzeitig aber einer sich anbahnenden Gesprächssituation möglichst unüberwindbare Hindernisse in den Weg zu legen. Für einen Taktiker vom Range Adenauers muß es eine Binsenweisheit sein, daß man einem Gegner von der Wesensart und dem Format der Sowjetunion nicht mit einem ultimativen Programm voller zunächst zu erfüllenden Voraussetzungen, wie zum Beispiel der Anerkennung der EVG, entgegentreten kann, wenn man wirklich die Absicht hat, mit ihm zu einer Verständigung zu kommen. Tut man es doch, setzt man sich automatisch dem Verdacht eines nur sehr gemäßigten Interesses an einem positiven Ergebnis solcher Verhandlungen aus.

Ein Punkt muß besonders herausgegriffen werden. Der Kanzler hat in seiner ersten Stellungnahme wörtlich gesagt: "Eine Annahme der Vorschläge wäre einem Selbstmord Deutschlands gleichzusetzen. Denn wir würden in verhältnismäßig kurzer Zeit dem russischen Sog anheimfallen". Das ist ein sehr interessanter Satz. Er bescheinigt dem deutschen Volk in dürren Worten, daß es für Sowjetpropaganda hoffnungslos anfällig sei und ihr aller Voraussicht nach unterliegen werde. Selbst wenn es den 17. Juni in Berlin und in der Sowjetzone nicht gegeben hätte - aber es hat ihn gegeben und die ganze übrige Welt war sich seine Bedeutung als einer imponierenden Bekundung demokratischen Freiheitswillens einig - liegt darin eine Miß- und Nichtachtung oben dieser absoluten demokratischen Zuverlässigkeit der deutschen Bevölkerung durch den Bundeskanzler, die verdient, festgehalten zu werden. 18 Millionen Deutsche sind in acht Jahren sowjetischer Besetzung nicht bolschewisiert worden. Die Zahl der kommunistischen Wähler in Westdeutschland ist von Wahl zu Wahl zurückgegangen. Der Kanzler selbst hat in Chicago das deutsche Volk als das am meisten antikommunistische der Welt bezeichnet. Welches Recht hat er heute, die moralische Widerstandskraft der Deutschen gegen die Lehren und Praktiken des Bolschewismus zu bezweifeln? Dies "Recht" kann er für sich nur aus der Wahlsituation herleiten, in der er sich von dieser Behauptung Wirkungen verspricht.

Wenn schließlich neuerdings von einer Annäherung der Standpunkte der Koalition und der Opposition in diesen ganzen Fragen gesprochen wird, so sieht man die Dinge nicht richtig. In der Ablehnung jeder irgendwie gearteten Anerkennung der Sowjetzonenregierung ist man sich in der Bundesrepublik seit Jahren einig, das ist nichts Neues. Wenn aber der Kanzler seit einiger Zeit mit Worten für eine Viererkonferenz eintritt, ohne an ihren Erfolg zu glauben, oder ihn in diesem Augenblick auch nur zu wünschen, so ist auch darin nichts anderes zu sehen, als das Eingehen auf eine taktisch unerläßliche Notwendigkeit wenige Wochen vor den Wahlen.

Gefährliches Spiel in Marokko

Rw. Der nunmehr offene Konflikt zwischen den alten verschlagenen Feudalherren berberischer Stämme des Atlasgebirges, Sidi El-Thami-el-Gloui und dem Sultan Sidi Mohammed hat die französische Regierung in eine unvorhergesehen schwierige Lage gebracht. Die Residenz in Rabat, deren Eigenmächtigkeiten von Paris aus nicht immer kontrollierbar sind, stützte seit Jahren den angeblich frankophilen Pascha von Marrakesch gegen den Sultan. Der Hauptgrund hierfür war, daß Sidi Mohammed stets in guter Verbindung mit den Kreisen der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung stand, deren Leiter und Funktionäre größtenteils aus dem städtischen arabischen Patriziat und junger bürgerlicher Intellektueller stammen.

Die Residenz zog den modernistischen, aus dem französischen Geistesleben erwachsenen Nationalisten die finstere Rückständigkeit des letzten Feudalherren des Südens vor oder wollte zumindest den Pascha von Marrakesch gegen Sidi Mohammed ausspielen. Aber der alte Grundsatz des "Teile und herrsche" birgt auch seine Gefahren in sich. Nunmehr, da El Thami-el-Gloui auf das Ganze geht und sich teilweise die Unterstützung geistlicher Funktionäre, der sogenannten Ulemas sicherte, scheint man in Rabat einzusehen, daß das Spiel nicht ungefährlich war und ist. Obwohl die Offensive El Glouis dazu führte, daß Sidi Mohammed einen Teil der ihm vom Residenten seit Jahr und Tag vorgelegten Reformgesetze unterzeichnete und sogar die Hilfe Frankreichs gegen seinen alten Widersacher in Marrakesch anforderte, sieht man wohl ein, daß das Verschwinden Sidi Mohammeds nicht unbedingt ein Gewinn für Frankreichs Stellung in Marokko bedeuten würde.

In Nordafrika ist Marokko das einzige Land in dem bisher noch die Fiktion aufrecht erhalten wurde, daß staatliche und geistliche Gewalt in einer Person - zumindest in symbolischer Form - vereinigt sind. Sidi Mohammed ist ein von der Generalversammlung der Ulemas, der islamischen Geistlichen gewählter weltlicher Herrscher. Allerdings war diese Wahl in Wahrheit eine Wahl der Residenz. Ein Gegensatz Sultan-Residenz bildete sich erst im Laufe des zweiten Weltkrieges und in Zusammenhang mit dem Entstehen der marokkanischen Unabhängigkeitsbewegung heraus, wobei vermutlich eine auch nur wenig anpassungsfähigere Taktik von französischer Seite - wie sie seinerzeit vor dem zivilen Residenten Eric Labonne versucht worden war - diesen

Gegensatz zu einem erheblichen Teil hätte mindern können.

Nunmehr, nach Ausbruch einer akuten Krise scheint man in Paris teilweise einzusehen, daß der Pascha von Marrakesch unter der Fahne der Franzosenfreundlichkeit ein subtiles Spiel betreibt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist und dessen Kosten unter Umständen Frankreich zu tragen hat. Die Zukunft Marokkos liegt nämlich weit weniger im Atlasgebiet als in den nördlicheren, von Arabern bewohnten Gegenden, die keineswegs gewillt sind, sich den Launen und Intrigen des uralten und steinreichen Berberfürsten zu unterwerfen, und sei es auch nur mittelbar durch den von El Thami-el-Gloui vorgeschobenen Sultanskandidaten Mohammed ben Azaga. Selbst die auf die großen, europäisch verwalteten, Güter und in die Städte abgewanderten Berber, die hier in modernen Wirtschaftsbereich proletarisieren aber religiös und politisch in den arabisch-nationalistischen Lebenskreis geraten, stellen sich hinter die Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung und damit Sadi Mohammeds als Sultan.

+ + +

#### Das vorläufige Ende des Zentrums

(sp) Karl Arnold, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und früherer Repräsentant des zerschlagenen linken Flügels der CDU, darf den Anspruch erheben, das Ende der Partei, mit deren Hilfe er in Nordrhein-Westfalen regiert, vorbereitet zu haben. Der Dank des Hauses Adenauer wird ihm gewiß sein.

Das sogenannte Wahlabkommen zwischen CDU und Zentrum ist das Ende eines Kapitels mit der Überschrift "Recht ist, was der CDU die Mehrheit sichern kann". Nur der damit gekennzeichnete Grundsatz macht es verständlich, daß eine Partei, die vier Jahre lang in Bonn erbaterte Opposition gegen die Politik der CDU getrieben hat, nun ein "Bündnis" mit eben dieser CDU eingeht, nachdem der CDU-Vorsitzende Adenauer längst zu verstehen gegeben hatte, wie wenig er an einem echten Bündnis interessiert ist. Er forderte die Selbstaufgabe des Zentrums und für den Preis der Posten in Düsseldorf und vager Hoffnungen für Bonn hat er bekommen, was er wollte. Daß Arnold dieses einseitige Geschäft für die CDU zustande brachte wäre eine Pointe, wenn

sich der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen nicht schon vor Jahr und Tag hinter jene CDU gestellt hätte, die eine Unternehmerpartei und sonst gar nichts ist.

Im Interesse unserer staatspolitischen Entwicklung ist die Selbstaufgabe des Zentrums zu begrüßen; denn eine Partei, die bereit ist, gerade mit der Partei eine Partnerschaft zu suchen, von der sie nicht nur mit der Entscheidung über das Wahlgesetz "in christlicher Verantwortung" im Stich gelassen wurde, hat keine Grundlage mehr für die Vertretung einer eigenen Politik. Das Zentrum hatte sich schon selber aufgegeben, bevor es von der CDU annektiert wurde. Herr Brockmann ist in Oberhausen nicht nur formal, sondern auch tatsächlich der Kandidat der CDU und keiner der bisherigen Zentrumswähler in Nordrhein-Westfalen wird sich der Täuschung hingeben können, daß er etwas anderes als die CDU und deren Vorsitzenden wählt, wenn er die Zweitstimmen der CDU-Gruppe Zentrum gibt.

Ob das damit gekennzeichnete Ende des Zentrums unwiderruflich ist, wird allerdings von der künftigen Entwicklung in der CDU abhängen. Geht diese Partei weiter den Weg des politisierenden Katholizismus, dann dürfte das Zentrum eines Tages noch eine Chance erhalten und nicht wenige der bisherigen Zentrum-Anhänger rechnen schon heute damit. Wie das Zentrum allerdings seinen Wählern klar machen will, warum es in der CDU aufgegangen ist, gegen deren Politik Äußerungen von Zentrums-Politikern vorliegen, die schon die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der CDU kategorisch verneinen, bleibt eine offene Frage. Es ist jedoch festzustellen, daß diese Äußerungen jetzt unerheblich sind und sich das Zentrum unter Widerrufung früherer Erklärungen und seiner bisherigen Politik in jeder Hinsicht mit der CDU identifiziert. Wer das Zentrum wählt, wählt Adenauer und dessen Partner, ob diese nun Middelhaufe, Stegner, Seebohm oder Bekler heißen.

+ + +

Unter einer Million ...

R.D. Gerade noch "rechtzeitig zur Wahl" ist die Arbeitslosenziffer in der Bundesrepublik unter die Millionen-Grenze gesunken. Damit ist etwas verspätet ein Versprechen eingelöst, das der Bundesarbeitsminister beim Antritt seines Amtes im Jahre 1949 gegeben hat. Er erklärte damals, sein Bemühen sei darauf gerichtet, die Arbeitslosenziffer baldmöglichst unter die Millionen-Grenze herabzudrücken. Tatsächlich haben wir immer noch mehr als eine Million Erwerbslose, denn nach wie vor werden die Jugendlichen und Schulentlassenen, die bisher noch keinen Arbeitsplatz hatten und nicht in Lehrstellen vermittelt werden konnten, auch nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt. Aber die Statistik ist in Ordnung, die Millionengrenze unterschritten und trotzdem hat man nicht von seinen wirtschaftspolitischen Absichten abzugehen brauchen, die man 1949 in einem Bericht an die Marshallplan-Behörden dahin präzisierete, daß es notwendig sei, in der Bundesrepublik eine Arbeitslosenziffer von 800000 bis 1,2 Millionen aufrecht zu erhalten, um ein kontinuierliches Angebot von Arbeitskräften in der Wirtschaft zu haben.

Im Lobgesang über die Tüchtigkeit der Bundesregierung anlässlich dieses Absinkens der Erwerbslosenzahl wird auch nicht vergessen, darauf zu verweisen, daß die Sozialdemokraten einmal beim Regierungsantritt vor der geplanten Wirtschaftspolitik warnten, da aus ihr eine Millionen-Erwerbslosigkeit zu erwarten sei. Es war damals noch nicht abzusehen, daß neben dem Konjunkturauftrieb in der deutschen Wirtschaft, der sich aus dem ungeheuren Nachholbedarf der deutschen Bevölkerung nach den Jahren des Mangels ergab, eine Rüstungskonjunktur ungeheuren Ausmaßes auch der deutschen Wirtschaft weiteren Auftrieb geben würde. Wir meinen den Koreabeom. Tatsache ist jedenfalls, daß der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtheit der westdeutschen Bevölkerung, der im Jahre 1936 52 Prozent betrug, auf heute 43 Prozent abgesunken ist. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl bedeutet das, daß wir eigentlich ein Defizit an Arbeitskräften von etwa vier Millionen haben müßten; oder anders ausgedrückt: Lebte die deutsche Wirtschaft zur Zeit nicht im wesentlichen mit in der Rüstungskonjunktur der west-

lichen Welt, die es ihr gestattet hat, in alle jene Bereiche des Weltmarktes wieder einzudringen, die zufolge der Rüstungsaufträge in anderen Ländern von diesen zur Zeit nicht beliefert werden können, so hätten wir heute nicht eine Arbeitslosenziffer von knapp einer Million, sondern von etwa vier- bis fünf Millionen.

Die Kritik der Sozialdemokraten an der Politik der Bundesregierung, und hier besonders des Arbeitsministeriums, ist, daß man keinerlei Vorsorge dafür getroffen hat, den gegenwärtigen Stand der Beschäftigung in der Bundesrepublik auch dann in etwa aufrecht zu erhalten, wenn die Konjunktur abflaut oder plötzlich beendet ist. Und das ist bei einer möglichen Entspannung der Weltlage zu erwarten. Obgleich wir uns international zur Einführung einer Vollbeschäftigungspolitik verpflichteten, und obgleich der Bundestag die Regierung und das Arbeitsministerium aufforderte, einen Vollbeschäftigungsplan vorzulegen, ist nichts, aber auch gar nichts unternommen worden, um für die Zeit der Flaute vorzubugen. Der Bundesarbeitsminister hat sich auf die Zufälligkeiten des Wirtschaftsablaufes ebenso verlassen, wie sein Kollege im Wirtschaftsministerium und hat in Verdrehung feststehender Begriffe "Vollbeschäftigung" mit einer vollen Beschäftigung, die nicht einmal eine war, verwechselt.

Die Konsequenzen einer solchen Politik werden für die Bundesrepublik dann furchtbar werden, wenn Krisenerscheinungen in der Welt unsere Kontanpartner veranlassen, die sozialen Risiken einer solchen Krise nach Deutschland zu verlagern, weil die Bundesregierung nicht nur auf eine eigene Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungspolitik in den vergangenen vier Jahren verzichtete, sondern obendrein die letzte wirtschaftliche Entscheidungsbefugnis für 50 Jahre einem privatkapitalistischen europäischen Kohle- und Stahlkartell überantwortet hat.

+ + +

Bekenntnis und Opfer

(sp) Aus Anlaß des ersten Jahrestages des Todes von Kurt Schumacher sei hier ein Schreiben aus der Sowjetzone veröffentlicht, in dem die tiefe Verbundenheit der mitteldeutschen Arbeiterschaft mit dem verstorbenen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Ausdruck kommt. Der Brief erhält seine besonders tragische Note dadurch, daß der Verfasser mit zu jenen gehört, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni von der Benjamin-Justiz zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden sind.

Das Schreiben an den Parteivorstand der SPD in Bonn lautet:

"Mit tiefer Erschütterung vernahmen wir am Donnerstag die Nachricht, daß unser erster Vorsitzender, der Genosse Kurt Schumacher, seinem schweren Leiden erlegen ist. In leisen Worten ging diese Nachricht im Betrieb von Mund zu Mund. Denn wir wissen, was er uns war und was er für uns getan hat. Euch trifft dieser Schlag seines Todes hart, aber uns noch schwerer.

Aber wir geloben, daß sein Leben uns weiter die Kraft geben wird, bis zu dem Tage, an dem das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie wieder frei auch in unserer Zone arbeiten kann, in einem einigen und wahren demokratischen Deutschland".

Der Brief trägt die Unterschrift des Absenders mit dem Zusatz "im Namen vieler aufrechter Arbeiter und Genossen in unserem Betrieb".

+ + +

Unnütze Aufregung

In Harburg soll dieser Tage nach der kommunistischen "Hamburger Volkszeitung" eine Konferenz von 180 sozialdemokratischen Funktionären stattgefunden haben, zu denen der KP-Führer Reimann sprach. Auf der Konferenz hatten die sozialdemokratischen Mitglieder Reimann versprochen, "innerhalb der SPD einzutreten für die Verständigung und die Zusammenarbeit mit den Genossen der KP in der Tagesarbeit des Wahlkampfes und im gemeinsamen Sturz Adenauers ...". Die sowjetzonale Nachrichtenagentur übernahm diesen Bericht und das Bundespressamt (!) hatte in kollegialer Verbundenheit nichts Eiligeres zu tun, "zuverlässige" Bonner Journalisten auf den ADN-Bericht aufmerksam zu machen. Seit wann ist das Bundespressamt ein Zweigbüro des ADN?

Seit vielen Jahren gehört es zur Taktik der KP, Verwirrung in die Öffentlichkeit zu tragen, indem sie unter ihrem Firmenschild angebliche Sozialdemokraten anführt. An solchen KP-Veranstaltungen nehmen meistens Leute teil, die nie in der SPD waren oder aber wegen kommunistischer Betätigung aus der SPD ausgeschlossen wurden. So auch in Harburg. Die Versammlung ging diesmal von der SAD aus, einer kommunistischen Paraorganisation. Als einer der Teilnehmer merkte, daß er sich in einer kommunistischen Versammlung befand, trat er in der Diskussion nach dem Reimann-Referat für die Politik Ollenhauers und Schumachers ein und erklärte, daß es eine Zusammenarbeit zwischen KP und SPD nicht geben könne. Die getarnten Kommunisten nannten ihn daraufhin einen Brauer-Abgesandten. - Vom Pressedienst der CDU müßte man eigentlich erwarten, daß er sich um den Wahrheitsgehalt kommunistischer Meldungen kümmert, bevor er sie veröffentlicht. Aber es paßt ihm, in der Miene scheinbar ehrlicher Besorgtheit, durch Verbreitung von Lügennachrichten die Schwirldelgeschäfte der KP zu besorgen.

-or

Verantwortlich: Peter Raunau